

3. Mit einer Arbeitszeitstudie gegen die Willkür

Postulat Christoph Ziegler (GLP, Elgg) vom 11. Juli 2016

KR-Nr. 247/2016, RRB-Nr. 1049/2. November 2016 (Stellungnahme)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Der Regierungsrat wird ersucht, eine Arbeitszeitstudie über alle Bildungsstufen (Kindergarten und Primarstufe, Sekundarstufe I und II) zu erstellen.

Begründung:

Die Arbeitszeit der Lehrpersonen ist immer wieder Gegenstand bildungspolitischer Diskussionen und Fragestellungen. Sei es, dass das Schulfeld selber eine Überlastung beklagt (vgl. Projekt Belastung – Entlastung), die Direktion aktiv steuernd eingreift (vgl. Berufsauftrag), Gerichte sich mit den Anstellungsbedingungen beschäftigen (vgl. Lohnklage der Kindergartenstufe) oder sei es, dass die Finanzpolitik der Bildungspolitik Vorgaben macht (vgl. Lü 16). Bei all diesen Diskussionen zeigt sich, dass aktuelle Daten fehlen und damit auf bereits ältere Studien (insbes. Forneck/ Schriever 2000 oder Arbeitszeitstudie LCH 2009) zurückgegriffen werden muss, deren Aussagen angesichts der sehr dynamischen Schulentwicklung der letzten Jahre aber die aktuelle Realität nur bedingt widerspiegeln können.

Dass die bildungspolitischen Diskussionen ohne genügende Datengrundlage geführt werden müssen, ist unhaltbar. So fehlt der Bildungsdirektion in der aktuellen Debatte um die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung bei den Lehrpersonen der modernen Sprachen im Gymnasium eine über Vermutungen hinausgehende faktenbasierte Grundlage. Ohne sachliche Begründung sind Eingriffe in die Arbeitsbedingungen aber willkürlich und genügen weder dem Anspruch an eine berechenbare Bildungspolitik noch an einen verlässlichen Arbeitgeber. Aber auch zur Umsetzung des Berufsauftrages an der Volksschule sind verlässliche Daten erforderlich, um den Schulleitungen die notwendigen Informationen zur Ausgestaltung der neuen Handlungsspielräume zu geben.

Die Erhebung der Arbeitszeit aller Lehrpersonen ist damit eine entscheidende Voraussetzung, um die bildungspolitischen Diskussionen und Entscheide auf eine ausreichende Basis zu stellen.

Der Regierungsrat nimmt auf Antrag der Bildungsdirektion wie folgt Stellung:

Voraussetzung für eine aussagekräftige und repräsentative Arbeitszeitstudie ist vorab eine genügend grosse Datenmenge. Die Forderung des Postulates nach einer Erhebung über alle Bildungsstufen erfordert zudem eine Differenzierung innerhalb der Schulstufen, da die Aufgaben der Lehrpersonen nicht direkt vergleichbar sind. Es müssten beispielsweise der Klassentyp (Jahrgangs- oder Mehrjahrgangsklasse, Sekundarschule A, B oder C) oder die Funktion (mit oder ohne Klassenlehrerverantwortung) berücksichtigt werden.

Hinzu kommt, dass eine Arbeitszeitstudie, die wie die erwähnte kantonale Studie von H.J. Forneck und F. Schriever von 2000 auf einer Selbstdeklaration beruht, nicht als gesicherte Grundlage in den bildungspolitischen Diskussionen verwendet werden könnte. Um Daten bzw. Werte zu erhalten, die von allen akzeptiert würden, müssten die Lehrpersonen im Rahmen einer Studie begleitet werden.

Eine solche Begleitung in Verbindung mit den einleitend dargestellten Differenzierungen und der benötigten Datenmenge führt dazu, dass die geforderte Arbeitszeitstudie einen finanziell untragbar hohen Aufwand zur Folge hätte.

Für die Einhaltung der Arbeitszeiten der Lehrpersonen an den Schulen sind die verantwortlichen Führungsorgane zuständig. An der Volksschule wird beispielsweise mit der Umsetzung des neu festgelegten Berufsauftrags ab Schuljahr 2017/2018 eine langjährige Forderung der Lehrerverbände erfüllt. Mit dem neuen Berufsauftrag vereinbart neu die Schulleitung mit den Lehrerinnen und Lehrern die Anzahl der zu unterrichtenden Lektionen und legt mit ihnen den Zeitaufwand in den anderen Tätigkeitsbereichen fest. Für Letztere erfassen die Lehrpersonen die geleistete Arbeitszeit selber, um eine Kontrolle darüber zu haben. Mit dieser Planung können Stärken der Lehrerinnen und Lehrer gezielter genutzt und die Lehrpersonen besser vor zeitlicher Überlastung geschützt werden.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, das Postulat KR-Nr. 247/2016 nicht zu überweisen.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Vor drei Jahren eingereicht – und brisanter denn je, zum Beispiel Medienberichte vom Mai dieses Jahres: «Lehrerinnen und Lehrer arbeiten 248 Stunden gratis. Besonders Lehrpersonen mit Teilzeitpensen trifft es hart.» Oder die verschiedenen Kundgebungen zum neuen Berufsauftrag, wo die Lehrpersonen fordern, dass pro Lektion 60 Stunden Jahresarbeitszeit berechnet werden. Oder die Kindergartenlehrpersonen, die vor Gericht monierten, dass sie in ihren Pausen Kinder beaufsichtigen, die Pausen also als Arbeitszeit abgegolten werden müssen. Oder die Deutschlehrerinnen an den Mittelschulen, deren Pflichtpensum hinaufgesetzt wurde, aber immer noch tiefer ist als dasjenige der Turn- und Sportlehrer. Immer wieder gibt es Unstimmigkeiten im Schulumfeld, wer wie viel arbeitet. Mit dem neuen Berufsauftrag hat diese Diskussion nur noch zusätzlich Brisanz erhalten.

Die Bildungsdirektion macht es sich einfach: Sie anerkennt durchaus, dass es Fächer geben könnte, welche mehr zu tun geben als andere, dass ein unterschiedlicher Ansatz also gerechtfertigt sein könnte. Für die Umsetzung schiebt sie aber den Schwarzen Peter den Schulleitungen zu. Diese können je nach Gemeinde und quasi saldoneutral innerhalb des Schulhauses dem Turnlehrer und der Geschichtslehrerin einen unterschiedlichen Ansatz für eine Lektion zuteilen, wenn sie denn wollen und wenn sie das Gefühl haben, Geschichte zu unterrichten sei aufwendiger als Turnen. Dies öffnet der Willkür Tür und Tor. Die Schulleitungen können nicht faktenbasiert entscheiden, weil es diesbezüglich keine anerkannten Zahlen gibt. In der Realität tasten die Schulleitungen diese heissen Eisen lieber gar nicht an. Eine unterschwellige Unzufriedenheit bleibt zurück, es brodelt. Es brodelt aber auch, weil viele Lehrpersonen mit dem neuen Berufsauftrag unbezahlte Überzeit

leisten. Mittlerweile, während mein Vorstoss auf der Traktandenliste verfaulte, hat die Bildungsdirektion eine Überprüfung des Berufsauftrags in Auftrag gegeben. Eine solche Überprüfung macht aber doch nur Sinn, wenn gesichertes Zahlenmaterial vorliegt, eben eine Arbeitszeitstudie für die Lehrpersonen auf allen Bildungsstufen.

Jetzt könnte man entgegnen, dass solches Zahlenmaterial ja vorliegt. Die anfangs in meinem Votum genannte Zahl von 248 Überstunden pro Jahr ist das Resultat einer Schweizer Studie. Doch diese Studie beruht auf Selbstdeklaration. Wie auch die Forneck-Studie vor knapp 20 Jahren wird sie deshalb – vielleicht zu Recht – nicht ernst genommen. Auch von der Bildungsdirektion wird sie nicht ernst genommen, sonst würde, ja, müsste diese nämlich handeln. Deshalb braucht es jetzt eine unabhängige Studie, eine Studie, die die besonderen Verhältnisse im Kanton Zürich abbildet. Wir wollen endlich wissen, wie viel die Lehrpersonen wirklich arbeiten.

Bitte überweisen Sie dieses Postulat. Die Umsetzung des Berufsauftrags ohne Zahlenmaterial ist sonst ein Witz. Die Diskussionen über Pflichtlektionen von Biologie-Lehrern an der Mittelschule oder Kindergärtnerinnen werden sonst nie aufhören.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Mit einer Arbeitszeitstudie gegen die Willkür – tönt gut. Lehrpersonen haben keinen einfachen Job. Von überall werden ihnen mit besserwisserischen Vorurteilen Vorwürfe gemacht, wie es richtig sein sollte. Zudem sind sie mittlerweile mit einem enormen Pensum an administrativem Aufwand konfrontiert. Wir möchten festhalten, dass wir der Meinung sind, dass die Lehrpersonen ihren prioritären Auftrag, Schule-Geben, ausführen sollten, und wir ihnen die bestmöglichen Rahmenbedingungen schaffen müssen, um arbeiten zu können. Dieses Postulat folgt einer verfälschten Wahrnehmung der Lehrpersonen in Bezug auf ihre eigene Arbeitszeit und natürlich auch ihrer Wahrnehmung, was von aussen von ihnen verlangt wird. Vor nicht allzu langer Zeit haben wir den Berufsauftrag festgelegt, wie Christoph Ziegler festgehalten hat, und auch im Kantonsrat darüber abgestimmt. Wer glaubt, dass aufgrund der geforderten Arbeitszeitstudie die Diskussion über die Arbeitszeit und deren Forderungen zum Erliegen kommen, handelt fahrlässig beziehungsweise blauäugig. Wird die sogenannte unabhängige Studie je verfasst, werden höhere Forderungen gestellt werden. Und bei einer negativen Aussage werden die Gewerkschaften sagen, diese Studie sei falsch. Und somit wird die Diskussion frisch und fröhlich weitergeführt werden. Die gerichtlichen Klagen werden definitiv nicht abnehmen, mit der Arbeitszeitstudie vielleicht sogar noch zunehmen. Es wäre wünschenswert, wenn die Lehrgewerkschaften auf ein vernünftiges Mass an Forderungen zurückkämen. Zudem kostet die Studie nur viel Geld ohne erkennbaren Mehrwert. Für die Einhaltung der Arbeitszeiten der Lehrpersonen sind die Führungsorgane, im Speziellen die geschaffenen Schulleitungen verantwortlich. Es wäre vielleicht wünschenswert, wenn jene ihre Aufgabe auch wahrnehmen würden. So brauchen wir keine unnötigen Studien.

Wir werden das Postulat nicht unterstützen. Danke.

Monika Wicki (SP, Zürich): Immer wieder ist die Arbeitszeit der Lehrpersonen Ausgangspunkt politischer Diskussionen und auch Entscheide. Und immer wieder basieren die Entscheide auf mangelnden oder gar nicht vorhandenen Grundlagen. Eine solide unabhängige Arbeitszeitstudie ist daher eine entscheidende Voraussetzung, um weitere anstehende bildungspolitische Entscheide fundiert treffen zu können. Eine solche Studie fordert das Postulat von Moritz Spillmann (*Altkantonsrat*) und Christoph Ziegler, das schon vor drei Jahren eingereicht wurde. Gesunde, ausgeruhte, zufriedene Lehrpersonen sind zentral, wenn es darum geht, guten Unterricht zu machen. Dies wird umso wichtiger bei der zunehmenden Vielfalt der Schülerinnen und Schüler.

Die Realität sieht aber anders aus: 2019, also drei Jahre nach Einreichung des Postulates, zeigt die Arbeitszeiterhebung des Dachverbandes der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (*LCH*) und des Syndicat des Enseignants romands, dass die Lehrpersonen aller Stufen zu viel arbeiten. Jede Lehrperson leistet 240 Überstunden pro Jahr. Und auch wenn die Überzeiten in den letzten 20 Jahren leicht gesunken sind, so sind das je nach Stufe nach wie vor 8 bis 16 Prozent unbezahlte Arbeit. Das macht nicht zufrieden. Kein Wunder, dass die Lehrpersonen auch eine hohe Burnout-Rate aufweisen und dass Lehrpersonen schon nach wenigen Jahren den Beruf wechseln. Das kommt den Steuerzahler teuer zu stehen, man denke an die Gesundheitskosten und die Ausbildungskosten. Und das schadet auch den Schülerinnen und Schülern immens, denn sie bekommen keinen guten Unterricht, was lebenslange negative Folgen haben kann. Die Ergebnisse der Studie werden jedoch nicht ernst genommen. Es wird gesagt, die Studie der Lehrpersonen sei methodisch nicht haltbar. Es seien Selbstaussagen.

Und dennoch sieht der Regierungsrat die Notwendigkeit einer soliden, unabhängigen Arbeitszeitstudie nicht ein. Die Argumente, die aufgeführt werden, sind bedenklich. Erstens: Es wird geschrieben, die Kosten für eine solche Studie seien zu hoch. Aber genaue Angaben, was denn viel zu hoch sein soll, werden nicht gemacht. Zweitens steht da, es seien ja die Führungsorgane dafür zuständig – die SVP hat dies bestätigt –, dass die Lehrpersonen die Arbeitszeiten einhalten würden. Aber wir erwarten dennoch, dass die Lehrpersonen die Lektionen engagiert vorbereiten, alle Prüfungen korrigieren, viele Elterngespräche führen, innovative Projektwochen begleiten und sich zudem intensiv weiterbilden, um den bestmöglichen Unterricht für das Kind leisten zu können. Sollen die Lehrpersonen da einfach Abstriche machen? Drittens wird geschrieben, man habe ja jetzt den neuen Berufsauftrag, wo der Einsatz der Lehrpersonen gemeinsam mit der Schulleitung geplant würde. Der neue Berufsauftrag wird tatsächlich evaluiert. Die Ergebnisse sollen demnächst vorliegen. Aber die Einführung des neuen Berufsauftrags hat zu enormem Unmut in den Schulen geführt. Und die Arbeitszeit, die darin kontrolliert werden soll, betrifft alles andere als das Hauptgeschäft der Lehrpersonen, den Unterricht, die Vor- und Nachbereitung wird nicht erfasst. Wir haben nach wie vor keine Erfassung der Arbeitszeit der Lehrpersonen. Auch heute, 2019, drei Jahre nach Einreichung des Postulates wissen wir immer noch nicht, objektiv und

repräsentativ, solide und unabhängig, was, wie und wie viel die Lehrpersonen aller Stufen genau arbeiten. Unsere bildungspolitischen Entscheide stehen nach wie vor auf äusserst schwachen Grundlagen. Die Lehrpersonen bilden die Kinder und Jugendlichen aus. Diese sind die Zukunft der Schweiz, und es ist unabdingbar, dass deren Arbeitsbedingungen so sind, dass der Unterricht, den sie machen, wenigstens gut, wenn nicht gar ausgezeichnet ist.

Um politische Entscheide im Schulbereich auf einer guten Basis treffen zu können, brauchen wir nach wie vor eine Arbeitszeitstudie der Lehrpersonen aller Stufen, und ich danke für die Unterstützung.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Ich gebe Ihnen vorab meine Interessenbindungen bekannt: Ich bin Präsidentin der Schule Wehntal und Vorstandsmitglied beim VZS (*Verband Zürcher Schulpräsidien*).

Zuerst eine Vorbemerkung zum Postulat: Natürlich ist es zutreffend und wir haben es heute Morgen bereits aus allen Ecken gehört, dass die Arbeitszeit der Lehrpersonen über alle Schulstufen immer wieder Gegenstand von Diskussionen ist. Das muss ich den Postulanten zugutehalten, sie stellen das zu Recht fest. Bei den angeführten Beispielen, die ja der eigentlichen Beweisführung, es brauche nun aber wirklich eine Arbeitszeitstudie, dienen soll, kann ich wirklich nicht mehr ganz folgen. Es wird nämlich der Vorwurf an die Bildungsdirektion erhoben, dass sie mittels Berufsauftrag für die Volksschule aktiv steuernd eingreife. Ja, was hätte sie denn sonst tun sollen? Das ist ja schliesslich ein Auftrag. Und an dieser Stelle muss auch einmal gesagt werden, dass die Bildungsdirektion damit einer über Jahrzehnte gehegten Forderung der Lehrerverbände nachgekommen ist.

Sie ahnen es schon, die FDP kann sich den Forderungen der Postulanten nicht anschliessen. Uns überzeugen die Ausführungen der Direktion mehr. Was die Postulanten nämlich fordern, ist nichts anderes als eine gigantische Übungsanlage, eine Riesenstudie. Sie wollen die Lehrpersonen aller Schulstufen unserer zürcherischen Bildungslandschaft erfassen. Sollten nun stressfeste, nämlich objektivierbare Daten erhoben werden – und nur diese würden dem Thema der Willkür effektiv entgegenwirken, dann müssten die Arbeitszeiten der Lehrpersonen begleitend erfasst werden. Eine Selbstdeklaration – wir haben das auch bereits gehört, es wird auf die Studien angespielt, die vorliegen –, eine Selbstdeklaration reicht da nicht aus. Ich bin der Meinung, dass wir das ganz sachlich festhalten dürfen, ohne dass der Vorwurf des Misstrauens bereits schon laut werden muss. Die FDP versteht aber durchaus den Wunsch der Lehrpersonen nach einem Nachweis der geleisteten Arbeitszeit. Es geht im weiteren Sinne natürlich auch um die Wertschätzung. Aus diesem Grund halten wir zurzeit am sogenannten neuen Berufsauftrag für die Volksschule, der ja auf das Schuljahr 2017/2018 eingeführt wurde, fest. Für uns ist klar, dass dieser den Nachweis der Praxistauglichkeit, gerade was das Erfassen der Arbeitszeit angeht, noch nicht erbracht hat. In diesem Sinne werden wir eine weiterführende Evaluation – diese ist ja angekündigt, es sollen bereits Resultate vorliegen – gespannt erwarten. Aus unserer Sicht in Bezug auf den neuen Berufsauftrag bereits bewährt haben sich zumindest die Verankerung und

die Bestätigung des Auftrags der Schulleitungen und der Schulpflegen auf kommunaler Ebene, die Arbeitszeitzuteilung und die Arbeitszeiteinhaltung zusammen mit den Lehrpersonen auszuhandeln und zu überwachen. Wie gesagt, wir erwarten die Evaluation des neuen Berufsauftrags gespannt und werden dann zusammen einen allfälligen Handlungsbedarf evaluieren.

Die FDP überweist das Postulat nicht.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Wir haben es bereits gehört, am 8. Mai 2019 hat der Schweizer Lehrerdachverband die von ihm in Auftrag gegebene dritte Arbeitszeiterhebung publiziert. Ich empfehle allen Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitikern, einmal diese Studie zu lesen. Ich empfehle aber auch den Kritikerinnen und Kritikern solcher Arbeitszeiterhebungen bei Lehrpersonen, die Kapitel «Durchführung» sowie «Diskussion» und «Ergebnisse» genauer anzuschauen. Dort finden sich nämlich die Informationen, was eine solche Arbeitszeiterhebung leisten kann und was nicht. Dem Vorwurf, dass diese Studie nicht unabhängig ist, möchte ich aber entschieden entgegentreten. Nur weil der LCH diese Studie in Auftrag gegeben hat, heisst das nicht, dass sie nicht unabhängig ist. Firmen, die inzwischen solche Arbeitszeiterhebungen durchführen, haben 30 Jahre Erfahrung in diesem Bereich. Diese Methodik hat sich über die Jahre entwickelt, massiv weiterentwickelt, und man kann heute auch auf Basis der SelbstdeklARATION der Lehrpersonen durchaus zu aussagekräftigen Ergebnissen gelangen. Inhaltlich – auch das haben wir gehört – gibt die Studie sowohl über die von Lehrpersonen, inklusive Schulleitungen und Heilpädagoginnen und -pädagogen, aufgewendete Arbeitszeit sowie über die von ihnen erlebten Belastungsmomente Auskunft. Der ZLV, der Zürcher Lehrerverband, hat im Übrigen die im Rahmen dieser gesamtschweizerischen Studie erhobenen Daten für den Kanton Zürich bereits ausgewertet und veröffentlicht. Ich nehme zwar an, dass er die Auswertung auch dieser Drittfirma überlassen hat. Im Ergebnis kommt diese Studie zum Schluss, dass verschiedenste Anstrengungen zur Entlastung der Lehrpersonen in den letzten zehn Jahren eine gewisse Wirkung entfaltet haben, dass aber weitere Anstrengungen nötig sind, wenn der Berufsauftrag innerhalb der Referenzarbeitszeit erfüllbar sein soll. Diese Erkenntnis, auch das haben wir gehört, gilt für den Kanton Zürich beziehungsweise für die hier tätigen Lehrpersonen in besonderem Masse. Hier wird, im Vergleich zu anderen Kantonen, von den Lehrpersonen, insbesondere von den Teilzeitarbeitenden, also überdurchschnittlich viel Überzeit geleistet.

Mit dieser Studie und den für den Kanton Zürich in diesem Rahmen erhobenen Daten liegen die von den Postulanten gewünschten Informationen eigentlich bereits vor. Was also anstehen würde, ist die politische Diskussion darüber, was wir mit diesen Erkenntnissen zu tun gedenken. Die Bildungsdirektion hat uns für diesen Herbst, auch das haben wir gehört, die Evaluation des Berufsauftrags in Aussicht gestellt. In diesem Zusammenhang muss sie sich auch für uns mit der von Lehrpersonen geleisteten Arbeitszeit beschäftigen. Alles andere, da geben wir dem ZLV recht, wäre eine Vernachlässigung ihrer Sorgfaltspflicht als Arbeitgeberin.

Ein Teil der Grünen Fraktion möchte den Regierungsrat nun aber doch mit einer erweiterten Arbeitszeitstudie über alle Bildungsstufen beauftragen. Aus diesem Grund hat unsere Fraktion Stimmfreigabe beschlossen.

Kathrin Wydler (CVP, Wallisellen): Die CVP lehnt das Postulat ab. Das Postulat fordert eine Arbeitsstudie über alle Bildungsstufen. In Anbetracht dessen, dass der neue Berufsauftrag, welcher in der Volksschule eingeführt worden ist, demnächst evaluiert werden sollte, macht es sicher keinen Sinn, dass jetzt noch eine Arbeitsstudie gestartet wird. Zuerst sollte die Evaluation des neuen Berufsauftrags abgeschlossen sein, und dann können Gedanken über weitere Arbeitszeitstudien, sofern überhaupt nötig, gemacht werden.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Gerade die Diskussionen rund um die Arbeitszeit der Kindergarten-Lehrpersonen und um die Lektionenzahl der gymnasialen Fremdsprachen-Lehrpersonen zeigen es: Es fehlt eine aussagekräftige Studie über die Arbeitszeiten der Lehrerinnen und Lehrer aller Stufen. Auch wenn der Lehrerberuf eine Aufgabe ist, bei dem der zeitliche Aufwand besonders in der Lektionenvorbereitung sehr individuell ist, so ist eine seriöse Erhebung der Arbeitszeit doch unerlässlich. Es wäre eine Hilfe zur Klärung aktueller Arbeitszeit- und Lohnklagen-Konflikte und könnte dazu beitragen, Gejammer im Stil von «Wir arbeiten zu viel» und Vorurteile von wegen «Lehrpersonen schieben eine ruhige Kugel» zu reduzieren und manche Diskussion zu versachlichen. Die EVP unterstützt daher die Überweisung dieses Postulates.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Eine Arbeitszeitstudie der Zürcher Lehrpersonen ist längst überfällig. Die letzten Zürcher Daten wurden vor rund 20 Jahren erhoben. Diese Daten beruhen aber auf einer Selbstdeklaration der Lehrkräfte und sind darum mit einer gewissen Vorsicht zu geniessen. Gerade auch mit der Einführung des neuen Berufsauftrags ist es wichtig zu erfahren, ob die von der Politik beschlossene Aufteilung der Aufgaben der Arbeitszeit und die Jahresarbeitszeit die Realität abbilden.

Als Gewerkschafterin bin ich schockiert über die Antwort des Regierungsrates, der seine Verantwortung als Arbeitgeber an die Schulleitungen und Schulbehörden abschiebt. Der Kanton Zürich hat ebenso eine Fürsorgepflicht für alle Angestellten im Kanton Zürich wie die Schulen auch.

Die Alternative Liste wird das Postulat überweisen. Wir erwarten aber, dass die Studie methodisch fundiert durchgeführt wird, sodass wir Bildungspolitikerinnen und -politiker demnächst auf aussagekräftige Daten zurückgreifen können.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon) spricht zum zweiten Mal: Schnell wird von «Burnout» gesprochen, und gemäss meiner lieben Kollegin Monika Wicki trifft das nur die Lehrpersonen besonders hart. Vielleicht sollte man sich die Frage gefallen lassen: Wer ist immer mehr daran, die Schule zu professionalisieren? Im Prinzip ist es nichts anderes als eine Demontierung der Lehrperson. Nicht jeder

Kanton hat zudem einen Berufsauftrag, und wie soll da der Schweizerische Dachverband eine solche Aussage generell machen können? Und an Karin Fehr bezüglich der unabhängigen Studien, die keine unabhängigen Studien sind: Studien sind häufig Gefälligkeitsstudien, deshalb sind sie nicht unabhängig. Jeder hier im Saal weiss, jeder und jede, welche Studie was sagt: Man muss nur den Absender beziehungsweise Auftraggeber anschauen. Und beim Verfasser oder bei der Verfasserin der Studie kommt es noch darauf an, wo sein oder ihr Herz schlägt.

Hanspeter Hugentobler hat die vielen Stunden, die die Lehrpersonen auch wirklich arbeiten, erwähnt. Weil alle hier immer die Vorstellung haben, Lehrpersonen hätten 13 Wochen Ferien, hat der Berufsauftrag einmal festgehalten und wirklich bestätigt, dass es wirklich vier Wochen sind, der Rest ist unterrichtsfreie Zeit. Ergo wird es definitiv nicht besser, wenn eine Arbeitszeitstudie verfasst würde. Bitte lehnen Sie das Postulat ebenfalls ab.

Monika Wicki (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Lieber Kollege Rochus Burtcher, ich muss hier doch noch etwas sagen: Die grundsätzlich kritische Haltung gegenüber wissenschaftlichen Studien bedaure ich sehr. Ich denke, es ist wichtig zu sehen, dass eine Studie, die vom Dachverband der Lehrpersonen in Auftrag gegeben worden ist, vermutlich so konstruiert wurde, dass sie eher die Aussagen im Sinne der Lehrpersonen stützt. Eine Studie, die durch die Bildungsdirektion in Auftrag gegeben wird, ist vielleicht eher eine Studie, die die Seite der Bildungsdirektion stützt. Ich denke tatsächlich, es ist dringend notwendig, dass die Wissenschaft eine solide, fundierte, wissenschaftliche, unabhängige Studie macht, die objektiv beurteilt, was da gemacht wird. Natürlich könnte das die Wissenschaft auch von sich aus machen, aber sie bekommt dafür kein Geld. Deswegen ist es dringend nötig, dass die Bildungsdirektion eine solche Studie in Auftrag gibt, diese aber unabhängig verfasst werden kann. Die Bildungsdirektion würde von einer solchen Studie profitieren, aber sie will sie ja nicht machen lassen. Ich plädiere dafür, dass wissenschaftlichen Studien grundsätzlich gut gemacht sind und Resultate bringen, anders als solche Gefälligkeitsstudien.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg) spricht zum zweiten Mal: Zur SVP: Genau weil die vorliegenden Studien als Gefälligkeitsstudien angesehen werden, braucht es jetzt eine unabhängige Studie.

Zur FDP: Es mag ja gut sein, dass die Bildungsdirektion mit dem Berufsauftrag in die Steuerung eingreift, nur nehmen es in der Praxis die Schulleitungen nicht wahr. Die Schulleitungen nehmen diese Möglichkeiten nicht wahr, weil sie nicht faktenbasiert entscheiden können.

Zur FDP und zur CVP: Sie warten auf die Evaluation des Berufsauftrags. Genau für eine solche Evaluation braucht es aber eine Zeiterfassung, eine Erfassung, wie viel Zeit zum Beispiel eine Lehrperson für die Vor- und Nachbereitung in einem bestimmten Fach, einer bestimmten Lektion aufwendet.

Und warum bei den Grünen ein Teil ablehnt, habe ich nicht verstanden. Danke.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht): Geschätzte Kollegin Monika Wicki und geschätzter Kollege Christoph Ziegler, ich durfte in meiner bisherigen Amtszeit ein- oder zweimal in der KBIK (*Kommission für Bildung und Kultur*) einen Kollegen oder eine Kollegin vertreten, und was auffällt, ist die Bürokratisierung und die Verkomplizierung des ganzen Bildungssystems und der Bildungsbürokratie in unserem Kanton. Und was Sie hier verlangen, ist einfach ein weiterer bürokratischer Schritt. Also ich glaube nicht, dass sehr viel unabhängig ist in diesem Land, das Land ist dafür ganz einfach zu klein. Und wenn Sie, Herr Ziegler, natürlich argumentieren, man solle jetzt wissenschaftlich nachforschen, wie viel Zeit Sie für einen gewissen Auftrag oder eine gewisse Aufgabe brauchen und wie viel Zeit der Kollege X oder die Kollegin Y braucht, dann ist es ja absolut absurd; absolut absurd, weil Sie ein speditiver Lehrer sind und es daneben halt Leute gibt, die etwas länger haben, um etwas zu machen, oder die etwas länger haben wollen. Diese Studie, die kostet viel Geld, Monika Wicki, und bringt nichts und ist für die Füchse.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung zur Studie des LCH: Von unseren 17'000 Lehrpersonen in Zürich haben gerade mal 794 daran teilgenommen. Sie können daraus schliessen, was Sie mögen.

Ich möchte gern etwas zum Berufsauftrag sagen und auch zur Evaluation des Berufsauftrags. Da es in mehreren Vorstössen – ich weiss nicht, ob wir noch dazu kommen – ebenfalls Thema ist, wie diese Evaluation stattfinden wird, erlaube ich mir, das jetzt kurz auszuführen: Die wissenschaftliche Evaluation des neu definierten Berufsauftrags für Lehrpersonen wird von einem verwaltungsunabhängigen Konsortium durchgeführt. Beteiligt sind die Interface Politikstudien Forschung Beratung GmbH Luzern, die Pädagogische Hochschule Zug, das Institut für Bildungsmanagement und Bildungsökonomie sowie die Universität Bern, das Kompetenzzentrum für Public Management. Die Erhebung ist angelaufen, erste qualitative Interviews mit Schulleitenden, Lehr- und Fachpersonen sowie Schulpräsidenten und Schulverwaltung fanden statt. Derzeit wird die quantitative Erhebung vorbereitet, die Fragebogen für Lehr- und Fachpersonen, Schulleitende sowie Schulpräsidenten und Schulverwaltungen werden erstellt. Es werden auch Gespräche mit den Verbänden geführt. Vorgesehen ist eine flächendeckende Befragung von Schulleitenden, Schulpräsidenten und den Leitungen der Schulverwaltungen. Das kantonal angestellte Lehrpersonal wird an 100 zufällig ausgewählten Schulen befragt. Die Quantitativeverhebung wird im November 2019 anlaufen. Es besteht eine breit aufgestellte Begleitgruppe, die eng in die Konzipierung und Erstellung der Fragebogen und Interpretation der Ergebnisse einbezogen wird. Die Publikation ist dann auf Herbst 2020 vorgesehen. Jetzt eine Arbeitszeitstudie über diesen Prozess zu lagern, macht meines Erachtens wirklich keinen Sinn. Wir müssen jetzt diesen Berufsauftrag seriös evaluieren. Vorher, glaube ich, drängt sich eine weitere Arbeitszeiterhebung überhaupt nicht auf.

Ich bitte Sie deshalb, das Postulat nicht zu überweisen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 95 : 75 Stimmen (bei 1 Enthaltung), das Postulat KR-Nr. 247/2016 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.